

**Antrag der Fraktionen Bü 90/Grüne und CDU vom 19. Januar 2021 betr.
Grundsatzbeschluss Carsharing**



B' 90/Die GRÜNEN Stadtverordnetenfraktion Darmstadt
Lauteschlägerstr. 38—64289 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/6 14 90, 06151/6 14 01
Mail: fraktion@gruene-darmstadt.de
Internet: www.gruene-darmstadt.de/fraktion

CDU Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion
Steubenplatz 12 4—64293 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/171211, 06151/171219
Email: fraktion@cdu-darmstadt.de
Internet: www.cdu-darmstadt.de

Darmstadt 19.01.2021

A N T R A G

Grundsatzbeschluss Carsharing

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Ausweitung des Darmstädter Carsharing-Angebotes durch die Nutzung der neuen Möglichkeiten der StVO aktiv voran zu treiben.

Eine flächendeckende Carsharing-Abdeckung auch in den Randgebieten der Stadt soll durch Stellplatzvergaben nach einem Konzessionsmodell gefördert werden und durch größere Pool-Stationen ergänzt werden.

Der Schwerpunkt soll auf stationsgebundenem Carsharing ergänzt um Einwegoptionen liegen, reine Freefloating-Systeme sind nicht anzustreben. Der Anschluss an mindestens deutschlandweite Buchungsnetzwerke ist zu bevorzugen. Die Möglichkeiten der städtischen Heag Book-n-Drive Gesellschaft sind zu nutzen.

Begründung:

Flächendeckende Carsharing-Abdeckung

Es wird angepeilt, innerhalb der Bebauungsgrenzen in Darmstadt jeder Darmstädterin und jedem Darmstädter eine Carsharing-Station nicht weiter als 300m vom Wohnort anzubieten. In einer Entfernung bis zu 500 Metern soll ein Zugang zu Poolstationen mit mehreren verschiedenen Fahrzeugtypen bestehen. Dafür sind, wie bereits begonnen, Privatflächen der städtischen Ämter und Unternehmen als auch (sobald das Carsharing-Gesetz in Landesrecht überführt wurde) gewidmete Verkehrsflächen zu nutzen. In Wiesbaden wurde Ende 2020 eine Ausschreibung zur Vergabe von öffentlichen Stellplätzen durchgeführt. In Frankfurt gibt es Handreichungen, wie im Sinne der Stellplatzsatzung der Stellplatzersatz über

Carsharingstellplätze auch im öffentlichen Raum erreicht werden kann. Diese Erfahrungen sind durch Austausch innerhalb des Rhein-Main-Gebietes zu nutzen, um Synergien zu heben.

Bildung von Stellplatzbündeln und Nutzungsdaten für Verkehrsplanung

Für die Vergabe von Stellplätzen an Carsharing-Anbieter sollen Stellplatz-Pakete gebildet werden, die nachfragestarke Stellplätze bspw. in Innenstadtlage mit schwächeren Standorten bspw. in Randgebieten zu bündeln, um eine „Rosinenpickerei“ zu vermeiden. Bestandteil der Stellplatzvergaben soll auch die anonymisierte Überlassung von aggregierten Nutzungsstatistiken der Stationen sein, um Daten für zukünftige Verkehrsplanungen zu gewinnen.

Netzwerke nutzen

Bei der Stellplatzvergabe sind Anbieter zu bevorzugen, die in Netzwerke eingebunden sind, damit registrierten Benutzer*innen eine Buchung mindestens stadtweit, idealerweise bundesweit ermöglicht wird. Quartiersbezogene Insellösungen sollen vermieden werden. Nur so kann erreicht werden, dass eine Alternative zum privaten Autobesitz auch für Urlaubsfahrten, entferntere Verwandtenbesuche oder andere Kombinationen von Zug und Carsharing-Auto als Anschlussmobilität angeboten wird.

Mehr Fahrzeuge mit Einweg-Option

Durch die Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen bzw. größeren Pool-Stationen im öffentlichen Raum sollen Einwegfahrten (das Abgeben an anderen Rückgabestationen als der Ausleihstationen) als Ergänzung zu den stationsbasierten Fahrzeugen gefördert werden; idealerweise in einem gemischten System wie bspw. in Frankfurt am Main. Diese zeigen die höchste Wirkung darin, eine Alternative zum privaten PKW zu bieten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Nicole Frölich
Yücel Akdeniz
(Fraktionsvorsitzende)

Stefan Opitz
Hans Fürst
(Stadtverordnete)

Roland Desch
Alexander Schleith
(Fraktionsvorsitzender)

Paul Wandrey
Ctirad Kotoucek
(Stadtverordnete)